



Pressemitteilung

des Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden"
der Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes

Städte machen parteiübergreifend Druck

Sondersitzung des Landtages zur dramatischen kommunalen Finanznot gefordert

(Düsseldorf, 18. Dezember 2009)

Die Stadtspitzen und Kämmerer aus 19 Städten des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes bitten Landtagspräsidentin Regina van Dinther und die Mitglieder des Ältestenrates um eine Sondersitzung des Landtages NRW zur dramatischen Finanznot vieler Gemeinden. Im Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ repräsentieren die Stadtvertreter insgesamt viereinhalb Millionen Einwohner aus der Region.

Am Beispiel ihrer Städte, die zur Erfüllung ihrer laufenden Ausgaben (z. B. Personalausgaben, Sozialleistungen, Bauunterhaltung) bereits 10,4 Milliarden Euro Kassenkredite aufnehmen mussten, weisen die Verwaltungschefs und die Kämmerer mit konkreten Daten und Fakten nach, dass besonders in Nordrhein-Westfalen viele Kommunen weitgehend unverschuldet vor dem finanzpolitischen Ruin stehen. „Dies hat dramatische Folgen für den gesamten Staat und unser gesellschaftliches System.“ Für diese Sondersitzung fordern sie parteiübergreifend Rederecht für Vertreter der „kommunalen Familie“, die seit Jahrzehnten bei der Verteilung von Steuermitteln den Kürzeren zieht und trotzdem von Bund und Land mit immer zusätzlichen Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung belastet wurde.

Bei einem Fachgespräch am Freitag (18. Dezember 2009) im Landtag mit der Landtagspräsidentin und dem nordrhein-westfälischen Finanzminister Dr.

Helmut Linsen redeten die Stadtvertreter Klartext. Sie wollen, dass die Probleme endlich von der Politik richtig aufgenommen werden. Sie wollen die Kehrtwende, um aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Auf den Tag genau vor einem Jahr hatten diese Städte in Oberhausen ihr viertes Memorandum zur bedrückenden Situation der Gemeindefinanzen vorgelegt. Weil die Bestandsaufnahmen und Handlungsvorschläge damals in der Politik zu keinen wirklichen Reaktionen führten, hatten die Oberbürgermeister und Kämmerer vor einigen Monaten parteiübergreifend ihr Aktionsbündnis gegründet.

Inzwischen trifft die finanzielle Abwärtsspirale nämlich nicht mehr nur einzelne Städte und Gemeinden; sie ist mittlerweile – verstärkt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise – in vielen Kommunen in Gang. Hauptbetroffen ist Nordrhein-Westfalen. Allein auf die Aktionsbündnis-Städte entfallen inzwischen insgesamt 32,9 % der bundesweit aufgenommenen kommunalen Kassenkredite, wobei sie nur 5,9 % der Einwohner in den Flächenländern repräsentieren.

Aus der Sicht der Städte ist schnelles und konzertiertes Handeln notwendig, um die Lebensqualität in den strukturschwachen Kommunen zu retten und die kommunale Selbstverwaltung wieder auf die Füße zu stellen. Jedes weitere Warten lässt, so die Kommunalvertreter, die Probleme nur noch größer und Lösungen nur noch teurer werden.

Konkret fordern die Kommunen Hilfe zur Selbsthilfe, und zwar in erster Linie vom Land und in zweiter vom Bund. Damit verpflichten sie sich selbst zu weiteren eigenen, harten Sparmaßnahmen. An den Landtag und die Landesregierung stellen die Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes folgende Forderungen:

- Gemeinsam mit den Kommunen sollen Landtag und Landesregierung einen Entschuldungsfonds einrichten. Dieser soll in einem Zeitraum von 10 Jahren zu einem weitgehenden Abbau der Kassenkredite führen.
- Das Land muss finanziell zur Entschuldung seiner Kommunen beitragen. Eine Landeshilfe von mindestens 800 Millionen Euro pro Jahr ist an starke Konsolidierungsmaßnahmen der Kommunen zu binden („Hilfe zur Selbsthilfe“).
- Das Land muss die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beseitigen und ihnen eine Finanzausstattung entsprechend ihrer Aufgaben gewährleisten. Dazu sind insbesondere die von Bund und Land festgelegten Aufwendungen für den Sozialbereich hinreichend zu dotieren und der Soziallastenansatz höher zu gewichten.

An die Adresse des Bundes richten die Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zusätzlich den Hilferuf, die strukturschwachen Kommunen von der Verpflichtung zu weiteren Soli-Ost-Zahlungen auszunehmen, nachdem sie auch für diese Umlagen seit Jahren Kassenkredite aufnehmen müssen. Im Gegenzug könnten „gut situierte“ ostdeutsche Kommunen als Zahler einbezogen werden.

Ausdrücklich weisen die Stadtvertreter den Vorwurf zurück, ihre Finanznot sei allein hausgemacht und eine Folge schlechter Stadtpolitik. Sie berufen sich auf eine Einschätzung des bundesweit renommierten Finanzwissenschaftlers Prof. Martin Junkernheinrich, der die öffentlichen Finanzen speziell der NRW-Kommunen seit Jahren intensiv beobachtet. Danach hätten in der Vergangenheit vor Ort getroffene kommunalpolitische Fehlentscheidungen gegenüber dem riesigen Schuldenberg auf Grund bundes- und landespolitischer Gesetze und Vorschriften zu Lasten der Kommunen in der Gesamtheit nur untergeordnete Bedeutung.

Das Düsseldorfer Klartext-Gespräch der Kommunalvertreter, die ihre Städte nicht abstürzen lassen wollen, ist ein deutliches Signal an Land und Bund. Die kommunale Familie wehrt sich, macht gemeinsam und parteiübergreifend politisch Druck. Sie macht klar: „Wir lassen uns nicht länger hinhalten.“

Kontakt:

Volker Wiebels

(Pressesprecher)

Stadtverwaltung Mülheim an der Ruhr

Abt. Presse und Medien

Telefon: +49 2 08 4 55 13 50

Telefax: +49 2 08 4 55 58 13 50

Mobil: +49 171 55 27 128

E-Mail: volker.wiebels@stadt-mh.de

Internet: www.muelheim-ruhr.de